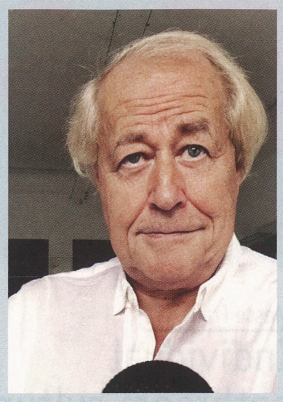
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Boom am Bau

Trotz der weltweiten Krisen und Verwerfungen ist Deutschland mit wirtschaftlichem Schwung in das Jahr 2017 durchgestartet. Als Treiber wirkt vor allem die durch den hohen Beschäftigungsgrad und steigende Reallöhne beflügelte starke Binnennachfrage. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Dezember auf den höchsten Stand seit 2012 gestiegen. Auch der Export erweist sich stabil, wie der im November 2016 erreichte Ausfuhrrekord zeigt. Zu den derzeit konjunkturell besonders begünstigten Branchen gehört der Bau- und Ausbaubereich. Seit der Wiedervereinigung ist es den Baufirmen noch nie so gut gegangen. Für das laufende Jahr rechnet die Bauwirtschaft mit einem Umsatzwachstum von 5%. Motor ist unverändert der Wohnungsbau, der um satte 7% zulegen soll. Die Zahl der Fertigstellungen soll von rund 290.000 Wohnungen im vergangenen Jahr auf etwa 320.000 Einheiten in 2017 steigen. Dennoch werde dieses Ergebnis unter dem tatsächlichen Bedarf von jährlich mindestens 350.000 neuen Wohnungen bleiben. Als Bremsfaktor wirkt zunehmend der Mangel an Fachpersonal.

Wettbewerbsfähigkeit

Der Standort Deutschland hat bei den Familienunternehmen an Beliebtheit verloren. Elf der im Rahmen des neuen „Länderindex Familienunternehmen" untersuchten 18 Industriestaaten schneiden besser ab. Deutschland konnte sich nur auf Rang 12 platzieren. Vor allem die Steuerpolitik ist dabei, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu schwächen. Die novellierte Erbschaftsteuer, die SPD-Politikern zufolge nach der Bundestagswahl verschärft werden soll, dürfte zu einem weiteren Abrutschen im Steuer-Ranking führen. Als weiteren Schwachpunkt identifiziert die Studie die im Vergleich allenfalls mittelmäßigen Bildungsstandards. Die Integration der Migranten stellt das Bildungssystem vor völlig neue Herausforderungen. Kritisch sehen die Familienunternehmen auch die Neigung der Politik, die eigentlich gute Lage der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherung durch immer neue Leistungsausweitungen in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege zu untergraben. Stagnierende Zufriedenheitswerte haben sich auf den Feldern Arbeitskosten / Produktivität, Infrastruktur und Energie ergeben.

Enteignung der Sparer

Im Dezember sind die deutschen Verbraucherpreise – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 1,7% gestiegen und haben damit die höchste Teuerungsrate seit Juli 2013 erreicht. Als Preistreiber wirkten Energie (+2,5%), Nahrungsmittel (+2,5%) und Wohnungsmieten (+1,5%). Das ifo-Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Inflationsrate auf 1,5%. Da sich bei den Haben-Zinsen noch keine Bewegung abzeichnet, wird die faktische Enteignung der Sparer eine neue Dimension erreichen. Laut „Handelsblatt" horten die Bundesbürger derzeit über 5 Billionen Euro. Bei einer Inflationsrate von 1% erreicht die Wertvernichtung folglich jährlich 50 Mrd. Euro. Die Hoffnung, die EZB werde schon bald die Zinsen anheben, dürfte sich als trügerisch erweisen. Denn: Draghi hat durch die wahnwitzige Geld- und Nullzinspolitik seinen Handlungsspielraum immer weiter reduziert. Außerdem zeigt sich hier in aller Brutalität der zentrale Konstruktionsfehler der Währungsunion. Der völlig uneinheitliche Wirtschaftsraum ist längst noch nicht reif für eine einheitliche Geldpolitik. Die Taylor-Regel, die anhand von Inflationsrate und Arbeitsmarkt den angemessenen Leitzins für ein Land berechnet, kommt für Deutschland zu einem Zinssatz von 6,2%, für Frankreich auf 1,1%, für Italien auf minus 1,8%, für Spanien auf minus 3,7% und für Griechenland auf minus 11,7%. Für das mit 2,2 Bio. Euro verschuldete Italien würde eine Zinserhöhung von 1% eine zusätzliche Haushaltsbelastung von 22 Mrd. Euro pro Jahr auslösen. Deutschland, das Staatsschulden in Höhe von 2,16 Bio. Euro hat, müsste jährlich 21,6 Mrd. Euro zusätzlich stemmen. Das aber wäre nur durch rigide Sparmaßnahmen oder Steuererhöhungen zu realisieren, die keine um Wiederwahl bemühte Partei ihren Wählern zumuten wird.

Politische Lebenslügen

Der SPD-Vorsitzende Gabriel hat kürzlich in einem „Spiegel"-Interview erklärt, dass sich die Euro-Zone längst zur Transfer-Union entwickelt habe. Diese eklatante Abweichung von den bisherigen regierungsamtlichen Sprachregelungen hat bemerkenswerterweise weder den Regierungssprecher noch einen CDU-Politiker zur „Richtigstellung" veranlasst. Abzuwarten bleibt, ob die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister an ihren europapolitischen Lebenslügen festhalten werden. In diese desinformatorische Kategorie gehören beispielsweise auch die ständig wiederholten Behauptungen, Griechenland werde seine Schulden selbstverständlich zurückzahlen und bei den Target2-Salden handele es sich nur um Verrechnungsgrößen. Die Realitäten sehen anders aus: Allein die italienischen Verpflichtungen im europäischen Zahlungsverkehrssystem lagen im Oktober bei rund 360 Mrd. Euro. Da der Anteil Deutschlands am EZB-Kapital ohne Italien 31% beträgt, käme bei einem Ausfall des Schuldners Italien ein Verlustanteil von etwa 112 Mrd. Euro auf den deutschen Steuerzahler zu. Unerklärlich ist, dass Bundesregierung und Bundesbank nicht auf einer Absicherung der deutschen Target2-Forderungen durch die Schuldenländer bestehen. Dafür würden sich beispielsweise deren erhebliche Geld- und Devisenreserven anbieten. Fakt ist: Entgegen der ursprünglich erklärten Absicht und der entsprechenden Verträge ist die Währungsunion durch die EZB-Geldpolitik längst zur Transfer- und Haftungsgemeinschaft mutiert.